

Dr. Ulrike Baumgärtner –

Oberbürgermeisterin für Tübingen

Aus vollem Herzen und mit klarer, verantwortungsbewusster Haltung bewerbe ich mich als Oberbürgermeisterin für Tübingen. Diese einzigartige Stadt ist meine Wahlheimat und die meiner fünfköpfigen Familie. Meine Erfahrung, mein Wissen und meine Freude an der Politik möchte ich zu ihrem Wohle einbringen.

Groß geworden im ländlichen Allgäu, Politikwissenschaft in Tübingen studiert, ein englischsprachiges Promotionsprogramm an der Universität Sankt Gallen absolviert, tief verwurzelt und erfahren in der Tübinger Kommunalpolitik: ich bin bestens vorbereitet, Führungsverantwortung zu übernehmen.

Die Herausforderungen unserer Zeit sind vielfältig: Klimakrise, Pandemie, Energieversorgung, sozialer Zusammenhalt. Es ist an unserer Generation, diese Herausforderungen mutig anzunehmen und beherzt entscheidende Weichen zu stellen. Klimaschutz konsequent in Angriff zu nehmen bedeutet, unsere grundlegenden Herangehensweisen zu überdenken. Deswegen greife ich Klimaschutz in allen Teilen meines Programms auf und widme nicht nur ein Kapitel diesem zentralen Thema.

Liebe Tübinger*innen, mein Versprechen an Sie ist es, mich mit voller Kraft, im ehrlichen Ringen um die besten Lösungen und mit großer Liebe für unsere Stadt und ihre vielfältigen Menschen einzusetzen. Im Verbund mit dem Gemeinderat, den Ortsvorsteher*innen, den Tübinger Abgeordneten aller Parteien in Land und Bund, im Austausch mit anderen Bürgermeister*innen und vor allem mit Ihnen, den Tübinger*innen, werde ich mich für unsere Stadtgesellschaft einsetzen.

Mit mir als Oberbürgermeisterin hat Tübingen bis 2030 eine neue Willkommenskultur, ein durchdachtes Mobilitätskonzept, mehr solidarische Wohnkonzepte sowie eine Vorreiterrolle in der effizienten Energieerzeugung und -nutzung.

Ich lade Sie ein, die Zukunft unserer Stadt mitzugestalten und das Gemeinwohl ins Zentrum der Tübinger Kommunalpolitik zu stellen.



GEMEINSAM ARBEITEN IN TÜBINGEN

Die Fähigkeit, sich verändernde Rahmenbedingungen frühzeitig zu erkennen und sich daran anzupassen, macht einen starken Wirtschaftsstandort aus. Tübingens wirtschaftliche Stärke liegt in der Entwicklung intelligenter Lösungen für mehr Umweltschutz, globaler sozialer Verantwortung und digitalen Arbeitsstrukturen in ganz unterschiedlichen Branchen.

Zentral für die Zukunftsfähigkeit des Standorts ist die fortwährende Gewinnung von Fachkräften und ambitionierten jungen Menschen, die in Tübingens Forschungseinrichtungen, am Universitätsklinikum, in Unternehmen, Handwerksbetrieben oder in der Stadtverwaltung arbeiten möchten. Der sorgsame Umgang mit natürlichen Ressourcen und die Entwicklung innovativer Lösungen für gemeinsame Energiekonzepte ist angesichts des Krieges in der Ukraine Grundlage jedes wirtschaftlichen Handelns. Und eine personell gut aufgestellte Stadtverwaltung schafft in den Bereichen Stadtplanung, Kinderbetreuung und Mobilität die Infrastruktur, die einen Wirtschaftsstandort attraktiv macht.

ATTRAKTIV FÜR JUNGE MENSCHEN UND BESUCHER*INNEN BLEIBEN

Die Universität und das Klinikum, unsere Unternehmen, die Verwaltungseinheiten und unser Handwerk brauchen ambitionierte Mitarbeiter*innen. Um unseren starken Wirtschaftsstandort zu erhalten, müssen wir Tübingen für junge Menschen attraktiv gestalten. Ebenso brauchen wir Besucher*innen von außen, die Kaufkraft in unsere Innenstadt bringen und die Altstadt beleben.

TÜBINGEN IST VIELFÄLTIG

Attraktiv ist Tübingen aufgrund seiner Weltoffenheit und Solidarität. Mir ist es wichtig,
dass die Diskussionskultur in unserer Stadt
das tolerante, gastfreundliche und selbstbewusste Tübingen nach außen trägt. Als Oberbürgermeisterin für alle werde ich Botschafterin dieser international ausgerichteten
und regional verankerten Werthaltung sein,
in dem ich folgende Rahmenbedingungen
fördere:

- ☐ Eine *Willkommenskultur* etablieren, die Menschen aus nah und fern willkommen heißt. In einer zentralen Verwaltungsstelle sollen alle Bürger*innen-Dienste gebündelt und den ankommenden Menschen einfach, freundlich und schnell zur Verfügung gestellt werden.
- Weiterbildungsangebote so organisieren, dass eine Teilnahme für alle zugewanderten Menschen problemlos möglich ist. Ein kommunales Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm etablieren, damit möglichst wenige unserer Mitbürger*innen dauerhaft in Arbeitslosigkeit leben müssen.

- Mehrsprachigkeit als zusätzliche Kompetenz und Bereicherung in Kitas und-Schulen wahrnehmen und den Umgang gezielt schulen.
- □ Jegliche Form der **Diskriminierung**abschaffen. Dazu gehört eine positive
 Imagebildung der Unterbringung in der
 Europastraße, die Verstetigung der sozialen Arbeit, ein Fortbildungsprogramm
 für städtische Mitarbeiter*innen zur
 Stärkung interkultureller Kompetenzen
 und zur Sensibilisierung gegenüber Diskriminierung, die Förderung der Vielfaltsprojekte, wie beispielsweise die Queere
 Woche oder die Menschenrechtswoche,
 und der wertschätzende Austausch mit
 dem Integrationsbeirat.
- □ Eine punktuelle Anpassung der **Alt- stadtsatzung** zur Stärkung des Handels,
 Handwerks und der Gastronomie sowie
 die Öffnung kreativer Begegnungsorte,
 wie beispielsweise die Terrasse im Zimmertheater.
- ☐ Gemeinschaftlich gewerbliche Nutzungskonzepte entwickeln, wie etwa die Vermietung eines Ladens an mehrere Gewerbetreibende, um den Mietpreis zu teilen.

TÜBINGER HANDELSZENTREN: ALT-UND INNENSTADT

Einheimische wie Besucher*innen verlieben sich immer wieder aufs Neue in die verwinkelten Gässchen, die Fachwerkfassaden und das bunte, junge Treiben in der Tübinger Altstadt. Inhaber*innengeführter Einzelhandel, Cafés, Gastronomie und Straßenkultur sind zentrale Merkmale unserer Stadt und damit für den allgemeinen Wirtschaftsstandort von Bedeutung. Mit dem Einkaufsangebot in der Friedrich- und Poststraße und den künftigen Möglichkeiten am Europaplatz hat Tübingen drei Handelszentren, die gut miteinander verbunden sein müssen.

Zur weiteren Stärkung des Tübinger Einzelhandels und des Wirtschaftsstandorts setze ich mich für folgende Maßnahmen ein:



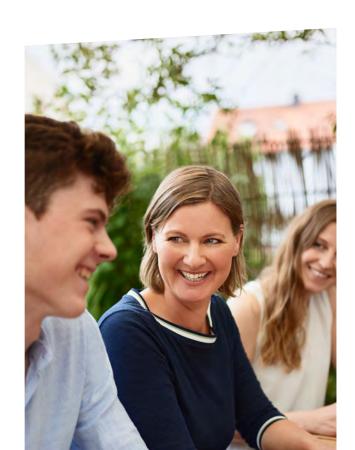
- □ Ein *Mobilitätskonzept* erarbeiten, das Besucher*innen von zentralen Einfahrtstoren der Stadt umweltfreundlich, einfach und günstig zu den Einkaufsläden, Cafés und Arbeitgeber*innen bringt. Mit einer autofreien Innenstadt steigt die Aufenthalts- und Lebensqualität. Als Teil dieses Konzepts wird die Anlieferung individueller Paketzustellungen in der Altstadt umweltfreundlicher gestaltet und innovative Konzepte erarbeitet, wie Menschen mit eingeschränkter Mobilität die letzten Meter von den zentralen Parkmöglichkeiten zu ihrem Ziel in der Altstadt zurücklegen.
- □ Die Einrichtung zentraler Radabstellanlagen, die Umgestaltung des Haagtorplatz und eine verkehrssichere Anbindung an den Fahrradtunnel, ein barrierefreier Marktplatz, mehr Sitzgelegenheiten und Spielecken für Kinder sowie Beschattungselemente und Trinkbrunnen in der Altstadt als Gegenmaßnahme zur Überhitzung sind wichtige Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität und Zukunftsfähigkeit der Alt- und Innenstadt.
- ☐ Schutz der Platanenallee mit behutsamer Erlebbarkeit und Zugänglichkeit des Neckars kombinieren. Den barrierefreien Zugang über die Fußwegeverbindung zum Uhlanddenkmal aufwerten.

UNIVERSITÄTSSTADT TRIFFT GENUSS-REGION

Die Universitätsstadt Tübingen bietet mit ihrem reichhaltigen Kultur-, Sport und Gesundheitsangebot eine hervorragende Ergänzung zum regionalen Tourismusstandort Schwäbische Alb.

Ein umfassendes **Tourismuskonzept** für Tübingen denkt Stadt und Kreis zusammen und verstärkt die Kooperation, indem wir:

- ☐ Hochwertige Angebote der hiesigen Gastronomie mit der regionalen Erzeugung verknüpfen und gemeinsam mit ihnen auf einer **Web-Plattform** ihre vielfältige Arbeit und konkrete Catering-Angebote präsentieren.
- □ Die Verankerung des vielfältigen *kultu- rellen Angebots* Tübingens in der gesamtstädtischen touristischen Vermarktung und zielgerichteten Netzwerkarbeit
 weiterentwickeln und mit internationalen Forschungs- und Unternehmenskongressen abstimmen.
- Zielgerichtete Diskussionen über *Kultur-Räume* führen. Ein Konzertsaal, Proberäume für Bands, ein definierter Standort für Performance-Kunst, freie Räume für Subkultur, Möglichkeiten zum Feiern oder legale Graffiti-Flächen: der Bedarfan Räumen ist groß.



SORGSAM MIT UNSEREN NATÜRLICHEN RESSOURCEN UMGEHEN

Die derzeitigen weltweiten Entwicklungen verstärken die Notwendigkeit, schonend mit Flächen, Materialien und Energie umzugehen. Im Innovationsgeist Tübingens liegt die Chance, lokale Antworten zu finden, die weltweit Probleme lösen. In der Entwicklung von Recyclingverfahren, Abwärmenutzung, umweltfreundlicheren Produktionsweisen und CO2-armen Logistik- und Mobilitätskonzepten liegt die wirtschaftliche Zukunft – auch unserer Stadt.

IM TEILEN LIEGT DIE ZUKUNFT

Zur Unterstützung für ressourcenschonendes, am Gemeinwohl orientierten Wirtschaften geht es für mich darum:

- □ Einen Klima-Innovationsfonds aufzulegen, um Partnerschaften aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft darin zu unterstützen, gemeinsam neue Wege zur gemeinschaftlichen Energieerzeugung und -nutzung zu gehen.

 Stärkere Anreize für Firmen zur Installation großer Solaranlagen gehören hier ebenso dazu wie die Gewinnung und Nutzung von Abwärme oder Partnerschaften, um Parkhäuser oder E-Ladestationen bestmöglich auszulasten.
- □ Ein Mobilitätskonzept Obere Viehweide inklusive Universitätsklinikum für alle Verkehrsmittel zu erstellen sowie die Forderungen nach mehr hochwertigen Radabstellanlagen, digitalen Anwendungen für die Planung von Fahrgemeinschaften und mehr Parkplätzen zu berücksichtigen.

- □ Den Bereich Cyber Valley mit neuem Universitäts-Campus und den biomedizinischen Unternehmen als **Denk- und Entwicklungsraum für Zukunftssysteme** zu fördern, neuen Start-Ups Flächen zur Verfügung zu stellen und ein weiteres Wachstum von bestehenden und künftigen Ausgründungen im regionalen Verbund anzugehen.
- □ Die Kreishandwerker*innenschaft, den Handels- und Gewerbeverein, den Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, die Industrie- und Handelskammer sowie das Landratsamt, die Universität und das Universitätsklinikum in die konzeptionelle Erarbeitung einer branchenspezifischen Ausrichtung des Tübinger Klimapaktes einzubinden.
- ☐ Unternehmen und Betriebe bei **Zerti- fizierungsverfahren** zu unterstützen,
 die die Einhaltung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu
 dokumentieren, die für die Transparenz
 in den globalen Lieferketten entscheidend sind.
- ☐ Erkenntnisse anderer Kommunen bei der Entwicklung und Förderung von **wasser-stoffbasierten Systemen** für eine geeignete Anwendung für Tübingen zu nutzen.



NÄGEL MIT KÖPFEN: DAS TÜBINGER HANDWERK STÄRKEN

Bauen und Renovieren, Reparaturen, therapeutische Hilfsmittel, hochwertige und köstliche Backwaren - all diese Angebote des *Handwerks* in Tübingen spielen eine wichtige Rolle im Alltag der Tübinger*innen. Nachhaltiges Wirtschaften braucht Handwerker*innen. Sie halten den Wirtschaftskreislauf in Gang. Ohne Handwerker*innen können keine Wärmepumpen eingebaut, keine Windräder aufgestellt und keine PV-Anlagen installiert werden. Die Transformationsaufgaben zur Erreichung der Klimaneutralität scheitern oft nicht am Willen, sondern am Fachkräftemangel. Ich werde:

- eine Fachkräfteallianz im regionalen
 Verbund initiieren. Es gilt in der Universitätsstadt für den Abschluss Mittlere
 Reife zu werben, das Handwerk als Zukunftsbranche wertzuschätzen und die
 Rahmenbedingungen für Ausbildung,
 Wiedereinstieg und zur Anerkennung von
 Abschlüssen zu verbessern.
- □ Tübingen als Modellstadt für **nachhal- tiges Bauen und Baustoffrecycling**bekannt zu machen. Bei der Kalkulation
 städtischer Bauprojekte sollen stärker
 die Energie- und Rohstoffkosten auch für
 Transport, Lagerung und Entsorgung bei
 Ausschreibungen berücksichtigt werden.
 So nimmt Tübingen eine Spitzenposition
 im sich verändernden Baugewerbe ein.
- □ in Kooperation mit dem Fraunhofer Institut und anderen Fachinstitutionen digitale Vernetzungsangebote schaffen, um gezielt Informationen zugänglich zu machen, einen themenorientierten Austausch zu fördern und erfolgreiche Beispiele zu teilen. Ein digitales Parkausweis-System für Handwerker*innen ist überfällig.

VOM ACKER FRISCH AUF DEN TELLER: TÜBINGER NAHVERSORGUNG SICHERN

In den nächsten zehn Jahren entscheidet sich, ob die *regionale Landwirtschaft* eine Zukunft hat. Von der Landes- und Bundesebene geht die Zielformulierung aus, bis 2030 den Anteil ökologischer Landwirtschaft auf 30 Prozent zu erhöhen. Aus Gründen der Nachhaltigkeit, der Biodiversität und des Klimaschutzes möchte ich für Tübingen deutlich ambitioniertere Ziele für die bio-regionale Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung und den Konsum erreichen. Konkret bedeutet das:

- ☐ Bis in zehn Jahren das Schulessen und die Verpflegung in städtischen Kantinen zu **100 Prozent auf bio-regionale Versorgung** umzustellen.
- ☐ Gemeinsam mit den Bioverbänden, der Genossenschaft Xäls, dem Bauernverband und dem Ernährungsrat sowie mit externer Expertise ein Konzept der regionalen Wertschöpfungskette zu entwickeln und umzusetzen. Der Erhalt von Anbauflächen für bio-regionale Lebensmittel ist Voraussetzung dazu. Zur Nachvollziehbarkeit und Transparenz wird eine Kombination aus Tierschutz- und Klima-Siegeln verwendet und öffentlich dokumentiert.
- Den Beitritt Tübingens als erste Stadt in Württemberg zum Netzwerk der Bio-Städte voranzutreiben.
- Die Gründung und Begleitung von *Ge- nossenschaftsläden* wie zum Beispiel
 der Dorfladen Pfrondorf, der Herrlesbergladen in Lustnau und der Löwen-Laden in der Altstadt zu unterstützen und
 sowohl als Wirtschaftsförderung als auch
 als Stärkung des ehrenamtlichen Engagements im Stadtteil anzusehen.

STADT ALS VORBILDLICHE ARBEITGEBE-RIN AUFSTELLEN UND SERVICECHARAK-TER STÄRKEN

Eine Verwaltung kann nur dann leistungsfähig und serviceorientiert arbeiten, wenn es ausreichend Mitarbeiter*innen gibt, die nicht permanent an der Grenze ihrer Belastbarkeit sind oder darüber hinaus gehen. Mein Ziel als Chefin der Verwaltung ist es, die Stadtverwaltung Tübingen zu einer der attraktivsten Arbeitgeberinnen in der Region zu machen. In erster Linie gehört für mich die Stärkung städtischer Mitarbeiter*innen

und die Gewinnung neuer Kolleg*innen dazu. Attraktive Rahmenbedingungen und Vereinfachung der Arbeitsprozesse sind Bereiche, die die Stadtverwaltung und der Gemeinderat selbst in die Hand nehmen können.

ATTRAKTIV FÜR GUTES PERSONAL

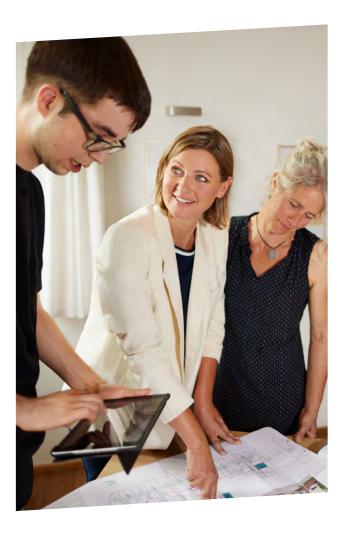
Gemeinsam mit dem Personalrat, den Amtsleiter*innen und den Gleichstellungs- und Schwerbehindertenbeauftragten werde ich mich für folgende Aspekte einsetzen:

- □ Die Einführung eines umfassenden betrieblichen Gesundheitsmanagements nach dem Vorbild der Stadt Aachen, bei dem auch psycho-soziale Faktoren wie Überlastung, Stress oder Mobbing präventiv angegangen werden. Ein Austausch mit dem Gesunde-Städte-Netzwerk über gelungene Projekte bietet sich an.
- □ Die Möglichkeit von **Teilzeitmodellen in Führungspositionen**.
- ☐ Die gezielte Suche und Förderung von qualifizierten Frauen für die Besetzung der *Aufsichtsräte* städtischer Tochtergesellschaften.
- ☐ Eine professionell begleitete **Personalof fensive**, insbesondere in den Bereichen
 Erzieher*innen, Altenpfleger*innen,
 Verkehrs- und Stadtplaner*innen sowie
 IT-Fachleuten. Eine Überarbeitung der
 Stellenausschreibungen, um Quereinstiege und eine Anerkennung vielfältigerer Bildungsabschlüsse zu ermöglichen,
 könnte eine Schlüsselrolle in der Personalgewinnung einnehmen.

GUTE RAHMENBEDINGUNGEN ANHAND KLARER KRITERIEN

Angemessene Bezahlung, faire Arbeitsbedingungen, Unterstützung bei der Kinderbetreuung oder Mobilitätsangebote, um bequem zur Arbeit zu kommen sind Rahmenbedingungen, die die Stadtverwaltung und der Gemeinderat selbst in der Hand haben. Mit dem Instrument der Gemeinwohl-Bilanz gibt es klare und anerkannte Kriterien für gutes Wirtschaften. Vermehrt wird diese Art der Bilanzierung auch von öffentlichen Verwaltungen angewandt.

Für folgende konkrete Bereiche könnte eine Gemeinwohl-Bilanz zusätzliche positive Impulse geben:



- □ Ein regelmäßiger Austausch der Stadtspitze mit dem Landratsamt, dem Studierendenwerk, dem Universitätsklinikum
 und den großen Wirtschaftsunternehmen in Form eines kommunalpolitischen
 Ratschlags im Bereich *Kinderbetreuung*.
 Gesonderte Unterstützungsmöglichkeiten
 bei der Suche nach einem Betreuungsplatz für Mitarbeitende der Stadtverwaltung, der Teilort-Verwaltungsstellen und
 der städtischen Eigenbetrieben gilt es zu
 prüfen.
- ☐ Eine Vereinheitlichung der *Mobilitäts-konzepte* der städtischen Eigenbetriebe unterstützt durch Mobilitätsbeauftragte und Verkehrsexpert*innen mit dem Ziel der Anpassung an die individuellen Situationen der Arbeitnehmer*innen.
- □ Eine Weiterentwicklung der Ausschreibungskriterien des **Schulessens** in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, wie Fridays for Future, den Stadtteiltreffs, regionalen Essensversorgern und den Gewerkschaften hin zu einem Punktesystem für Regionalität, Tarifbezahlung, Klima- und Tierwohlbilanz der Nahrungsmittel.
- Ausschreibung der **Reinigung** und Pflege öffentlicher Gebäude, Turnhallen und der Unterhaltung der Grünflächen von kommunalen Wohn- und Gewerbeeinheiten unter den Bedingungen der Tariftreue und gegebenenfalls weiterführenden sozialen Kriterien.



ARBEIT GUT ORGANISIEREN

Unsere Welt wandelt sich schneller und grundlegender als in den vergangenen Jahren. Was und wie wir arbeiten und produzieren, was und wie wir konsumieren, wie und wo wir uns begegnen und austauschen, wie wir unser Gemeinwesen gestalten und regulieren. Die digitale Infrastruktur und digitalisierte Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft sind gleichermaßen Voraussetzung und Treiber der Veränderungen.

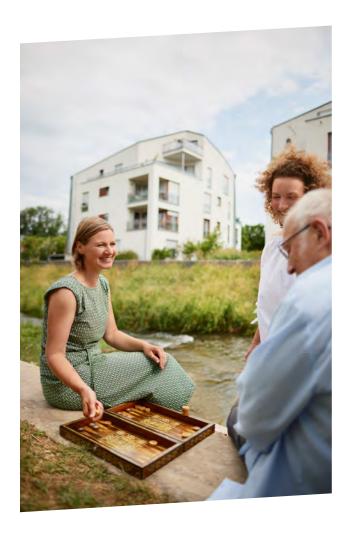
Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung zwar deutlich beschleunigt, aber auch Schwachstellen offenbart - insbesondere in der kommunalen Verwaltung. Hinter dem Schlagwort **Smart City** verbergen sich digitale Elemente wie beispielsweise die Einführung der E-Akte oder die grundlegende Gestaltung von Arbeitsprozessen und Beteiligungsformaten.

Für eine **moderne und serviceorientierte Verwaltung** setze ich mich als Oberbürgermeisterin ein, indem ich zusammen mit den Personalräten folgende Punkte angehen werde:

- □ Die **technische Ausstattung** der Verwaltungseinheiten in der Kernstadt, den Teilorten und den Eigenbetrieben auf einem guten bis sehr gutem Niveau halten.
- ☐ Zusätzliches Personal einzustellen oder Kooperationen mit externen Dienstleister*innen aufzubauen, um Mitarbeitende in der **Nutzung der Technik** zu unterstützen und Möglichkeiten der Strukturierung der eigenen Arbeit erklären.
- ☐ Hierarchie- und Abteilungsgrenzen überdenken und eine *Kultur der behördlichen Zusammenarbeit* sowie der innovativen und flexiblen Arbeitsstrukturen etablieren.
- □ Das bewährte Online-Terminbuchungssystem für Bürger*innen-Dienste mit freien Sprechstunden ergänzen, um auch kurzfristig Termine möglich zu machen. Menschen, die sich mit der Online-Buchung schwer tun, bekommen so wieder einen *niederschwelligen Zugang* zu den städtischen Serviceleistungen.
- ☐ Die vielfältige Stadtgesellschaft noch stärker in unserer Verwaltung abbilden. Bei Broschüren, Internetauftritten und Verwaltungsvorlagen sollte konsequent auf *leichte Sprache* geachtet werden.

GEMEINSAM WOHNEN IN TÜBINGEN

Die Frage nach dem Wohnen der Zukunft ist eine der entscheidenden sozialen Fragen unseres Jahrzehnts. Wohn- und Baupolitik ist im Kern Sozialpolitik. Miet- und Kaufpreisen in Tübingen, die sich nicht mehr alle leisten können, darf es nicht geben. Die Politik hat die Aufgabe, gute Rahmenbedingungen für soziale Teilhabe und gesellschaftliche Solidarität zu schaffen. Meine Schwerpunkte liegen auf innovativem Bauen, solidarischem Wohnen und einer gemeinschaftlich genutzten Infrastruktur.



In einer effizienteren Ausnutzung bestehenden Wohnraums und einer generell höheren Bebauung sehe ich das größte Potenzial. Letzte Brachflächen existieren vor allem in den Teilorten und die dort bereits festgelegten Neubaugebiete sind in der Planung verankert. In regionalen Kooperationen sowie in mehr Bescheidenheit, was die eigene Wohnund Nutzfläche angeht, sehe ich außerdem die Zukunft.

Einen Paradigmenwechsel in der Tübinger Wohnungspolitik läuten wir nur dann ein, wenn wir vorrangig kommunale und am Gemeinwohl orientierte Wohnkonzepte realisieren. Die Stadtentwicklung der Zukunft muss noch stärker die klimatischen Auswirkungen mit Überhitzungen und Starkregen im Blick haben und Vorsorge treffen. Und das Mobilitätsverhalten ändert sich. Wir wechseln flexibler zwischen den Verkehrsmitteln oder gehen bewusst zu Fuß. Darauf muss die Mobilitätspolitik eingehen.

GUTES WOHNEN FÜR ALLE

Soziale Durchmischung, bezahlbarer Wohnraum, ein durchdachtes Verhältnis von Eigentum, Mietwohnungen und staatlich unterstütztem Wohnen sowie die Umsetzung neuer Wohnkonzepte sind zentral. Angesichts der knappen Flächen muss im Zusammenhang mit Gewerbefläche das Angebot an Wohnraum ebenso berücksichtigt werden.

WOHNRAUM NUTZBAR MACHEN UND VORRANG FÜR SOLIDARISCHE WOHN-KONZEPTE

An sich gibt es genügend Wohnraum in Tübingen. Er ist nur nicht gut genutzt. Eines der größten Potenziale sehe ich darin, sozialverträglichen Wohnraum für pflegebedürftige Menschen zu schaffen. Wenn es uns gelingt, Angebote für eine gute Wohn- und Betreuungssituation für den letzten Lebensabschnitt herzustellen, könnte ein Wechsel in der Bewohnerschaft der großen Häuser und Wohnungen erreicht werden. Um künftigen Leerstand und Unternutzung zu verhindern und um das Miet- und Kaufpreisniveau niedriger zu halten, muss der kommunale Wohnungsbau und genossenschaftliche sowie am Gemeinwohl orientierten Wohnkonzepte vorrangig realisiert werden.

Konkret setze ich mich in der Tübinger Wohnraumpolitik dafür ein:

□ Das kommunale Vorkaufsrecht nutzen, um eine deutliche Steigerung des Anteils des kommunalen Wohnungsbaus zu erreichen und damit am Gemeinwohl orientierte Akteure stärker berücksichtigen. Das erklärte Ziel bis 2030 in Tübingen insgesamt 5.000 neue Wohneinheiten realisieren.

- □ Die Schaffung zusätzlichen Wohnraums in Gewerbegebieten, die Aufstellung einer Milieuschutzsatzung, die Anwendung des Erbbaurechts und die Entwicklung weiterer Maßnahmen wie beispielsweise eine erhöhte Grundsteuer C geprüft und umgesetzt werden.
- □ Die **Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau (GWG)** bei ihrem Ziel zu unterstützen, 25 Prozent der Tübinger Wohneinheiten zu stellen, um auf den Mietpreis einzuwirken. Der GWG zusätzliche **Personalkapazitäten und eine Eigenkapitalaufstockung** zur Erreichung ihrer Ziele zur Verfügung zu stellen.
- □ In Kooperation mit den Landesbehörden und dem Studierendenwerk mehr Wohn-raum für Studierende schaffen. Den Vorschlag prüfen, ein gesondertes Wohnheim für Auszubildende zu errichten. Die Kreisgemeinden in die Suche nach geeigneten Flächen einbeziehen. Interessante Ergänzungen sind innovative Wohnformen wie sogenannte Clusterwohnungen, bei denen Bewohner*innen in größeren Gebäudekomplexen je nach Lebenslage mehr oder weniger Wohnraum zur Verfügung steht.



GÜNSTIGE RAHMENBEDINGUNGEN UND EINE SCHÖNE UMGEBUNG SCHAFFEN

Eine umfassende Wohnraumpolitik berücksichtigt auch grundsätzliche Aspekte, durch die günstiges und schönes Wohnen erleichtert wird. In folgenden Punkten sehe ich für Tübingen Potenzial:

- ☐ Grundsätzlich die **Erhöhung von Be- standsgebäuden** in Erwägung ziehen,
 um Grundfläche zu sparen, und an den
 möglichen Standorten Anreize zur Umsetzung schaffen.
- □ Den Anschluss an ein leistungsfähiges Glasfaserkabel-Netz sicherstellen und gegebenenfalls ausbauen, um in allen Haushalten Homeoffice und bei Bedarf auch Distanz-Unterricht möglich zu machen.
- □ Bei zumutbarer Finanzlage eine zeitlich befristete **moderate Senkung der Grundsteuer** für die kommenden drei Jahre prüfen. Ab 2025 gilt das neue Grundsteuersystem und die kommunalen Auswirkungen können dann erst abgeschätzt und für den Tübinger Hebesatz berücksichtigt werden.
- □ Parkanlagen unter Beteiligung der Nutzer*innen zu identitätsstiftenden Orten in den Quartieren aufwerten, gemeinsam Konzepte erarbeitet wie die öffentlichen Räume sauber und ansprechend bleiben sowie die Nahversorgung und die lebendige Kneipenszene in den Quartieren unterstützen.

LICHTBLICKE FÜR SENIOR*INNEN – SORGENFREIER IM ALTER LEBEN

Glücklicherweise werden wir immer älter. Umso wichtiger ist es, dass wir für diese Lebensphase tragfähige Strukturen in einer sorgenden Gemeinschaft aufbauen. In vielen Teilorten und Quartieren in Tübingen wurden bereits Vereine gegründet und das Konzept der Pflege-Wohngemeinschaften (WGs) umgesetzt. Dieses ehrenamtliche Engagement darf nicht überfordert werden. Die Organisation und Durchführung von Pflege bleibt öffentliche Aufgabe und Teil der Daseinsvorsorge. Es braucht ein gutes Zusammenspiel zwischen Ehrenamt und Hauptamt im Pflegebereich, ebenso wie zwischen Sozialverbänden, privaten Trägern, Sozialversicherung und Sozialbehörde. Private WGs sind eine Ergänzung zu kommunalen, sozialen und kirchlichen Pflegeeinrichtungen.

Aufgrund der Erfahrungen aus Weilheim, Kilchberg und Bühl ist es für mich zentral, dass die Pflege-WGs oder andere Formen des Wohnens für Pflegebedürftige in die Quartiers- und Dorfgemeinschaft eingebunden sind. Nur so schaffen wir gute Rahmenbedingungen für ein würdiges Altern. Im Einzelnen werde ich als Oberbürgermeisterin folgende Anstrengungen unternehmen:

- ☐ Einrichtung eines kommunalpolitischen Ratschlags zum Thema würdiges Altern mit den Pflegestützpunkten, der Fachstelle ambulant unterstützter Wohnformen, dem Stadt- und Kreisseniorenrat und anderen Fachstellen für ein abgestimmtes Vorgehen.
- □ Aufbau und Pflege von strukturierter Nachbarschaftshilfe in den Stadtteilen und Teilorten mit Ausbildungs- und Weiterbildungsangeboten für Alltagsbegleiter*innen, der Organisation von Fahrdiensten oder der Unterstützung von Begegnungsmöglichkeiten.



KLIMASCHUTZ KONSEQUENT IM QUAR-TIER UMSETZEN

Wasserknappheit, Waldbrandgefahr, überhitzte Plätze, heftige Unwetter oder Starkregen-Ereignisse sind spürbare Folgen der Klimaerwärmung. Die Klimaerhitzung und der dramatische Verlust der biologischen Vielfalt sind eng miteinander verwoben. Wir müssen weiter auf dem 1,5-Grad-Pfad vorangehen. Eine erfolgreiche Energiewende braucht den Erhalt der Artenvielfalt und umgekehrt.

KLIMASCHUTZ UND NATURSCHUTZ: ZWEI SEITEN DER GLEICHEN MEDAILLE

Für Tübingen bedeutet das, wir brauchen sowohl die Ausweisung von *Photovoltaik* (*PV*)-Anlagen als auch die Umsetzung von Begrünungskonzepten. Im Einzelnen werde ich als Oberbürgermeisterin folgende Maßnahmen anregen:

- ☐ Mittel aus dem Bundesprogramm Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel abrufen, um Begrünungsmaßnahmen in der Innenstadt und den
 Quartieren für ein kühlendes Stadtgrün
 umzusetzen. Eine ess- und trinkbare
 Stadt schafft Gemeinschaftserlebnisse
 über das Anbauen von Gemüse, fördert
 die Insektenvielfalt und verbessert das
 Mikroklima in der Stadt.
- □ Über die städtischen Mittel für Klimaschutzmaßnahmen ein Förderprogramm Fassadenbegrünung für private und unternehmerische Bauherr*innenschaft aufsetzen. Eine Gebührenreduktion für eine gesplittete Abwassergebühr bei Versickerungsmöglichkeit durch Fassadenbegrünung prüfen.
- □ Die Auswahl und Anordnung der Begrünungskonzepte auf die Bedürfnisse von *Insekten und Vögeln* ausrichten und mit zusätzlichen Nisthilfen an öffentlichen Gebäuden ergänzen.

WIE KOMMT DER STROM IN DIE STECK- DOSE?

"Wie stellen wir den Bedarf an Strom und Wärme zur Verfügung?" Das ist eine Frage, die uns angesichts der weltweiten Entwicklungen noch intensiver beschäftigt. Die aktuelle Krise in der Energieversorgung muss der letzte Weckruf sein, um die Energie- und Wärmeversorgung komplett neu auszurichten. Das benötigt Entwicklungsschritte und Zeit. Gleichzeitig sind wir gefragt alle erdenklichen Einsparmöglichkeiten zu nutzen und unsere individuellen Gewohnheiten stetig zu hinterfragen.

Für den Bereich Kompensation hat der Gemeinderat und die Verwaltung bereits wegweisende Beschlüsse mit dem Tübinger Klimaschutzprogramm gefasst. Als Oberbürgermeisterin werde ich das beschlossene Programm konsequent umsetzen und um weitere Aspekte ergänzen. Das bedeutet konkret:

- ☐ Das Ausbauziel auf 200 Megawatt Strom aus Erneuerbaren Energien verwirklichen. Hierfür die Installation von gewerblichen PV-Anlagen auf privaten Dächern deutlich beschleunigen. Bisherige Hindernisse für Installationen auf Bestandsgebäuden abfragen und Lösungen finden. Balkonanlagen für die private Stromgewinnung bewerben. In Abstimmung mit den Stadtwerken, den Naturschutzverbänden und den regionalen Landwirt*innen Standorte auf Freiflächen (beispielsweise unter Stromtrassen) für senkrechte oder aufgeständerte PV-Anlagen prüfen. Ebenso die Nutzung von Brachflächen in der Nähe von Verkehrsinfrastruktur weiter voranbringen.
- □ Die neue Verpflichtung des Landes Baden-Württemberg zum Bau von PV-Anlagen auf Parkflächen ab 35 Plätzen

- auch auf bestehende Parkplätze anwenden, sofern keine andere Bebauung möglich ist (wie beispielsweise am Golfclub Kreßbach oder Sportheim Bühl).
- ☐ Neben PV-Anlagen werden wir auch Windkraftanlagen brauchen, um unsere Strom- und Wärmeversorgung komplett auf erneuerbare Energiequellen auszurichten und damit zukunftsfähig zu machen. Ein regional abgestimmtes Vorgehen für die ertragreichsten Standorte ist mir hierbei ebenso wichtig wie die Abwägung der Eingriffe in den Naturraum sowie die Beteiligung möglichst vieler Anwohner*innen. Bei wem eine solche Windkraftanlage in der Nähe steht, soll die Möglichkeit haben, finanziell davon zu profitieren. Genossenschaftliche Beteiligungen wie etwa die Bürger-Energie-Tübingen eG sind bewährte Modelle.
- □ Die steigenden Energiekosten dürfen nicht zur Armutsfalle werden. Bezieher*innen von Wohngeld müssen unterstützt werden, indem der Ermessensspielraum für angemessene Energiekosten deutlich erhöht wird. Die Möglichkeit, bei viel Wind und Sonne niedrigere Strompreise zu zahlen, sollte ausgebaut und dann gut kommuniziert werden. Eine solche Laststeuerung für Tübingen möchte ich prüfen.
- □ Weitere Anstrengungen müssen wir in die Entwicklung von Speichermöglichkeiten stecken. Ob Wasserstoff-basierte Systeme, zentrale Batterien in Quartiersgaragen oder individuelle E-Autos: wir brauchen mehr Möglichkeiten, Überschüsse in der Stromerzeugung zu speichern, um sie bei Bedarf abrufen zu können.

DIE STADTENTWICKLUNG VON MORGEN

Bei der zukünftigen Entwicklung unserer Stadt ist mir wichtig:

- □ Eine ökologische Aufwertung der Grünflächen, um einen positiven Beitrag zum Mikroklima der Stadt zu leisten. Eine stärkere Berücksichtigung des Kaltluftgutachtens (Vorlage 267/2019) in Planungsprozessen, um der Überhitzung entgegenzuwirken. Und bessere Vorsorgekonzepte zum Schutz vor Hochwasser mit wasserdurchlässigen Baumaterialien, Versickerungsmöglichkeiten auf Plätzen und Straßen und mit Katastrophenplänen für den Akutfall.
- □ Den öffentlichen Raum, Bushaltestellen und zentrale Stellen in Parks mit *Licht-quellen* ausstatten und regelmäßig warten, die dem Sicherheitsbedürfnis entsprechen und gleichzeitig der Lichtverschmutzung entgegenwirken. Eine gendergerechte Stadtplanung sensibilisiert für Maßnahmen, die die jeweiligen Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigen.
- ☐ Entwicklung von Quartierskonzepten für eine **geteilte soziale Infrastruktur**, wie Werkstätten, Waschraum, Gartengeräte oder Proberäume, um Flächen zu sparen.
- □ Die Menschen, die öffentliche Plätze nutzen, beispielsweise über Kreativ-Workshops vor Ort an den Planungen beteiligen. Ein gelungenes Beispiel für freie Räume für Kinder ist die Lustnauer Kinderwildnis.



AUS VERKEHRSPOLITIK MOBILITÄTS-**POLITIK MACHEN**

Die aktuelle Verkehrsführung wirft viele Fragen auf. In welche Richtung darf ich mit welchem Verkehrsmittel abbiegen? Die vielen Baustellen tragen weiter zur Unklarheit und Unsicherheit bei. Tübingen braucht ein umfassendes Mobilitätskonzept, das alle Verkehrsmittel einbezieht. Ein in sich stimmiges Mobilitätskonzept ist Teil eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts und guten Stadtmarketings. An die zentralen Umsteigemöglichkeiten für Bahn und Bus müssen auch bestehende Parkhäuser angegliedert werden, um den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel attraktiver zu machen und eine autofreie Innenstadt zu ermöglichen. Der Ausbau und die lückenlose Verbindung der Hauptrouten für Fahrräder ist genauso wichtig wie Bereiche für Fußgänger*innen aufzuwerten. E-Pedelecs und Lastenräder zum Verleih sind ergänzende Mobilitätsformen. Und digitale Elemente erleichtern die Organisation von Sharing-Angeboten. Mobilitätspolitik ist vielfältig.

WIE WEITER MIT DEM ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV)?

Der abgelehnte Bürger*innen-Entscheid zur Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn hat viele Fragen aufgeworfen. Ziel des Projekts war es durch eine umweltfreundliche Alternative weniger Autoverkehr in Tübingen zu haben und den Parkdruck am Universitätsklinikums und an anderen Stellen der Stadt zu verringern. Die Ursprungsidee hat breite Zustimmung. Allerdings hat die Trassenführung durch die Mühlstraße die Mehrheit der Stimmberechtigten nicht überzeugt. Das Ergebnis des Entscheids müssen wir akzeptieren und attraktive Alternativen schaffen. Die weiterhin offenen und komplexen

Fragen möchte ich in einem zufällig zusammengesetzten Bürger*innenrat diskutieren. Für die Stärkung des ÖPNV stelle ich als

Oberbürgermeisterin folgende Aspekte in den Vordergrund:

☐ Eine sehr gute Anbindung an die großen Arbeitgeber*innen der Stadt, allen voran das Universitätsklinikum. Die Schnellbuslinie von den Bahnhöfen Weststadt und Lustnau müssen hervorragend getaktet und auf die ankommenden Züge abgestimmt sein. Die Anpassung der Taktung des TüBus auf den Schichtbetrieb des Universitätsklinikums aus den Teilorten kann noch verbessert werden. Ob die Linie 828 die Ströme von Pendler*innen aus dem Norden gut aufnimmt oder eine weitere Schnellbuslinie erforderlich ist, gilt es zu prüfen.



- ☐ Zuverlässige Angebote im Schüler*innen-Verkehr müssen weiterhin Priorität haben. Wer als junger Mensch gute Erfahrungen mit dem ÖPNV gemacht hat, bleibt zeitlebens ÖPNV-Nutzer*in. In diesem Bereich ist die Herstellung einer flächendeckenden Angebotsstruktur wichtiger als die Wirtschaftlichkeit über eine gute Kapazitätsauslastung. Eine Verstärkung der Busanbindung der westlichen Teilorte nach Rottenburg für Schüler*innen und Schulpersonal wäre in diesem Zusammenhang hilfreich. Ebenso Vergünstigungen der Tickets, wie beispielsweise das 365-Euro-Ticket umzusetzen.
- ☐ Ansonsten ist eine fortschreitende Taktverdichtung an Wochenenden und in den Abendstunden, insbesondere in den Teilorten, eine weitere wichtige Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV. Ebenso die Instandhaltung und das Instandsetzen der Fahrbahnbeläge auf den Hauptrouten für Bus und Fahrrad. Eine vereinfachte Fahrradmitnahme in den Abend- und Nachtstunden entspricht dem Bedürfnis vieler Frauen und Mädchen. Und die Aufstockung der Personalkapazitäten im Bereich Verkehrsplanung bei TüBus könnte die standardmäßige frühzeitige Beteiligung der Ortschaftsräte und Ortsbeiräte ermöglichen.

RADWEGE FÜR ALLE

Die Bedürfnisse der Radfahrer*innen sind vielfältig. Für ältere Menschen und Kinder steht die Sicherheit im Vordergrund. Jugendliche und Vielfahrer*innen wollen vor allem schnell von A nach B kommen. Das Tübinger Radwegenetz muss den unterschiedlichen Ansprüchen gerecht werden. Bessere Kombinationsmöglichkeiten von Rad und Bus minimieren die Situationen, in denen die

Autonutzung unvermeidlich scheint und stärkt den Umweltverbund.

Für die Stärkung des Radverkehrs stelle ich als Oberbürgermeisterin folgende Aspekte in den Vordergrund:

- Den flächendeckenden und lückenlosen Ausbau des Radwegenetzes umsetzen. Breite Fahrradstreifen auf den Hauptrouten, um sicheres Überholen möglich zu machen. Überhol- und Begegnungsverkehre mit Bussen vermeiden. Abtrennungen von Fahrradwegen ausbauen, insbesondere in Schulnähe. Gleichzeitige Nutzung der Wege von Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen reduzieren. Bordsteinkanten insbesondere in der Nähe von Kinderhäusern, Schulen und Seniorenheimen abschrägen, um Unfälle zu vermeiden.
- Die Infrastruktur für den Radverkehr verbessern. Eine systematische und klar ersichtliche Verteilung von E-Ladestationen im Stadtgebiet. Mehr und hochwertigere Abstellmöglichkeiten an den Einmündungen in die Altstadt, den zentralen Einkaufsmöglichkeiten der Innenstadt und in den Quartieren.
- □ Der **Ausbau der Sharing-Angebote** von Autos, Fahrrädern oder Lastenrädern verringert das Autoaufkommen und erhöht damit die Aufenthaltsqualität in den Quartieren, schafft günstige Mobilitätsangebote und fördert umweltfreundliches Verhalten.

FUSSGÄNGER*INNEN MEHR AUFMERK-SAMKEIT SCHENKEN

Um sich bewusst aus der Hektik des Alltags herauszunehmen, geht man am besten zu Fuß. Allerdings ist das zu Fuß gehen nicht immer die schönste Form sich in Tübingen fortzubewegen. Investitionen in attraktive Fußwege wurden häufig auf die lange Bank geschoben.

Für die Stärkung des Fußverkehrs stelle ich als Oberbürgermeisterin folgende Aspekte in den Vordergrund:



- in den Quartieren deutlich sichtbarer machen und in Stand halten. Bei Veränderungen in der Straßenführung und sonstigen baulichen Maßnahmen eine Verbreiterung der Fußwege berücksichtigen. Mit Kinderwagen oder Rollator wird der Weg zum Bäcker schnell zum Hindernislauf, wenn beispielsweise auch Mülleimer zur Leerung bereit stehen. Das Programm zur Erhöhung der Bordsteine für einen barrierearmen Einstieg an Bushaltestellen zügig umsetzen.
- In der Altstadt und auf Quartiersplätzen haben Fußgänger*innen Vorfahrt.
 Schnelles Durchfahren mit dem Rad verringert ebenso die **Aufenthaltsqualität** wie das Parken von Autos im öffentlichen Raum. Maßnahmen zur Gegensteuerung über vermehrte Kontrollen der Ortspolizei oder über die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung werde ich mit den Ortschaftsräten und Ortsbeiräten das Gespräch suchen.

GEMEINSAM LEBEN IN TÜBINGEN

Die aktuellen Herausforderungen mit einer angespannten Lage der Energieversorgung und Materialknappheit, der anhaltenden Corona-Pandemie sowie einem möglichen Anstieg an Cyber-Angriffen auf systemrelevante Einrichtungen und Unternehmen meistern wir als Gesellschaft nur gemeinsam. Davon bin ich fest überzeugt. **Deshalb ist es mir ein großes Anliegen das öffentliche Leben in Tübingen so zu gestalten, dass alle daran teilhaben können**.

Die Wahl der Beteiligungsformate ist für die Möglichkeit der Teilhabe von großer Bedeutung. Habe ich genügend Zeit? Muss ich die deutsche Sprache sehr gut beherrschen? Auf welche Art der öffentlichen Auseinandersetzung lasse ich mich ein? Mittlerweile gibt es eine Vielzahl hervorragender Instrumente, die auf Landesebene praktiziert und beworben werden. So kann die gute Tübinger Praxis um weitere Facetten ergänzt werden. Die Stadtteiltreffs und Teilorte sind für mich Dreh- und Angelpunkte der solidarischen Stadtgesellschaft. Hier kennt man sich, kümmert sich und ist füreinander da. Eine Stärkung und Erweiterung der Aufgaben befürworte ich. Und schließlich brauchen wir den natürlichen Lebensraum, um selbst gut leben zu können. Der Schutz sensibler Naturräume ist ein Gebot menschlicher Vernunft. Wir tragen die Verantwortung für die Lebensbedingungen unserer und die der nächsten Generation.

TEIL VOM GANZEN SEIN

In Tübingen werden eine Vielzahl an Möglichkeiten genutzt, um Entscheidungsprozesse und politische Debatten zu führen und zu moderieren: Informationsveranstaltungen, Runde Tische, Abstimmungen per Bürger*innen-App, Vorberatungen in Ortschaftsräten und Ortsbeiräten, Debatten und Empfehlungen des Integrationsbeirats, Diskussionen und Anträge des Jugendgemeinderats, Abwägung und Entscheidungen des Gemeinderats. Allerdings ist nicht immer klar, worauf die Befragten tatsächlich Einfluss nehmen können. Als Oberbürgermeisterin möchte ich das deutlicher machen und den Instrumentenkasten um Bürger*innen-Räte mit zufällig ausgewählten Beteiligten, sowie mit digitalen und aufsuchenden Formaten ergänzen, um auch diejenigen einzubinden, die sich bislang wenig beteiligen.



DIGITALE ERGÄNZUNGEN FÜR MEHR BÜRGER*INNEN-NÄHE

Mit der Bürger*innen-App ist Tübingen einen ersten Schritt in Richtung digitale Beteiligungsformate gegangen. Den Vorstoß des Gemeinderats, die Sitzungen online zu übertragen, begrüße ich sehr. Um die moderne Technik zum qualifizierten Austausch und für mehr Bürger*innen-Nähe zu nutzen, unterstütze ich:

- den Einsatz von Messenger-Diensten als städtischen Kommunikationskanal mit den Einwohner*innen. In Hirschau wurde beispielsweise ein Projekt mit dem Fraunhofer Institut etabliert, um einen schnellen Austausch innerhalb der Bevölkerung zu bestimmten Themen herzustellen. Das Institut garantiert die Einhaltung des Datenschutzes. Eine Ausweitung auf die gesamte Stadt finde ich begrüßenswert. Hierüber können auch aktuelle Touristik-Informationen oder Nachrichten zu Baustellen seitens der Stadtverwaltung eingestellt werden.
- ☐ die Ausweitung solcher Dienste auf gezielte Rückmeldungen der Tübinger*innen an Verwaltungsmitarbeiter*innen. Die Unterhaltung der Radwege, Spielplätze und anderer öffentlicher Plätze wird von vielen Bewohner*innen intensiv beobachtet. Eine zielgerichtete Möglichkeit Schäden zu melden und eine direkte Rückmeldung, wann die Schäden behoben werden, würden viele Anrufe und Emails an "falsche" Stellen oder vergebliche Kontaktversuche von Bürger*innen mit der Verwaltung sparen und auch innerhalb der Verwaltung Aufwand und Reibungsverluste reduzieren. Auch würde der Service-Charakter der Verwaltung und die Möglichkeit der aktiven Teilhabe deutlich gestärkt.

- die Nutzung von **QR-Codes zur Beteiligung der Einwohner*innen bei Planungsprozessen**. Durch das Einscannen des Codes kann der aktuelle Planungsstand sowie Veranschaulichungen, wie ein Park oder Platz künftig aussehen soll, abgerufen werden. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, über gezielte Fragen oder offene Felder Rückmeldungen der Bevölkerung zu erhalten;
- die Prüfung der Einführung des Konstanzer Modells für die Übertragung der Gemeinderatssitzungen. Dort werden die Diskussionen der einzelnen Tagesordnungspunkte aufgenommen und zeitlich versetzt als Video-Podcasts auf der städtischen Homepage zur Ansicht hochgeladen. Nach einem bestimmten Zeitraum werden die Aufnahmen gelöscht.
- die Unterstützung der Ortsvorsteher*innen in der technischen Umsetzung der digitalen Übertragung oder Aufnahme einzelner Diskussionen von Ortschaftsratssitzungen, sofern das vor Ort gewünscht wird.

BETEILIGUNG HEISST IN DEN DIALOG TRETEN

Neben den digitalen Formaten ist mir wichtig, dass auch bei Beteiligungsformaten in Präsenz ein *Dialog zwischen Verwaltung und Einwohner*innenschaft* entsteht. Gut aufbereitete Fachinformationen sind die Basis eines wertschätzenden Austausches. Gerade bei Großprojekten gibt es aber immer Vor- und Nachteile, die gegeneinander abgewogen werden müssen. Die Gemeinderät*innen haben sich verpflichtet, zum Wohle der Stadt zu entscheiden. In einer lebendigen Demokratie können Ansichten und Schwerpunktsetzungen unterschiedlich sein. Entsprechend kontrovers sind die Debatten. Am

Ende entscheidet die Mehrheit und diese Entscheidung müssen alle akzeptieren.

Um eine dialogische Bürger*innen-Beteiligung in Tübingen zu stärken, werde ich:

- □ vermehrt **Bürger*innen-Räte** installieren. In diesem Format trifft sich eine zufällig zusammengesetzte und möglichst vielfältige Gruppe von ca. zwölf Personen. In mehreren Sitzungen (meist zwei bis fünf Sitzungen) werden für die Stadt relevante Themen diskutiert, zu denen es kontroverse Einschätzungen gibt. Ziel ist, durch die Diskussion eine gemeinsame Haltung zu finden, die schriftlich festgehalten wird. Das Diskussions- oder Positionspapier wird den Entscheidungsgremien und der Verwaltungsspitze überreicht.
- gezielt die Betroffenen einer Entscheidung in den Entscheidungsfindungsprozess einbeziehen. Das können Anwohner*innen, Mitglieder von Bürger*innen-Initiativen, Kultureinrichtungen, Unternehmer*innen sowie Mitglieder der Ortschaftsräte und Ortsbeiräte sein. Frühzeitige wertschätzende Beteiligung verringert das Risiko späterer Klagen und ist daher geeignet, Umsetzungsprozesse zu beschleunigen.

FÜREINANDER DA SEIN

Die Prämisse der Tübinger Stadtplanung lautet: Stadt der kurzen Wege. Dieses Prinzip muss auch im sozialen Bereich gestärkt werden. In Dorfgemeinschaften und Quartieren werden alle Facetten einer Persönlichkeit sichtbar. Einen solchen ganzheitlichen Ansatz werde ich als Oberbürgermeisterin unterstützen.

STADTTEILTREFFS STÄRKEN

Ergänzend zum Netzwerk der öffentlichen und sozialen Einrichtungen nehmen die Stadtteiltreffs eine zentrale Rolle in der Organisation des gemeinschaftlichen Zusammenlebens ein. Diese soziale Funktion gilt es zu stärken und personell aufzustocken, um die Stadtteiltreffs:

- □ zu *niederschwelligen Anlaufstellen* für die Bewohner*innen (auch im Austausch untereinander) zu entwickeln;
- in die Lage zu versetzen, bei speziellen Problem- und Fragestellungen an Fachstellen in der Verwaltung und/oder an freie Beratungsstellen vermitteln zu können ("Lotsenfunktion");
- □ zu Informationszentren und Clearingstellen für Unterstützungsmöglichkeiten des sozialen Netzwerks in Tübingen zu gestalten;
- □ zu einem Ort der Entwicklung erster lokaler Lösungsvorschläge für auftretende Probleme zu machen: Die Praxis vor Ort ist oft erfinderischer als die besten Planungsbüros;
- □ und die Ehrenamtlichen vor Ort in der Organisation von **Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten** von Jung und Alt zu unterstützen, sowie **offenen Kulturbühnen, Vorträge oder Veranstaltungen** durchzuführen.

NEUE ANSÄTZE FÜR'S EHRENAMT

Viele Vereins- und Ehrenamtsposten können nicht mehr besetzt werden. Ein Umdenken in der Ehrenamtsarbeit ist gefragt. Studierende und junge Menschen schätzen am Ehrenamt häufig, dass sie sich einbringen und ausprobieren können, neue Fähigkeiten und Kompetenzen erlernen und dass sie ihr Engagement für sogenannte Social Credits für Stipendien oder Praktika anrechnen lassen können.



Um dieses *gegenseitig gewinnbringen-de Engagement* zu stärken, brauchen wir mehr Kooperationen mit der Universität, mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Universität und Stadt werden so nochmal auf andere Weise vernetzt und es entstehen neue Bündnisse für ein vielfältiges Tübingen.

In folgenden Handlungsfeldern setze ich mich als Stadtoberhaupt für mehr Wertschätzung gegenüber ehrenamtlichem Engagement ein:

- ☐ Mit der Bereitstellung der **notwendigen Infrastruktur**, um dem Vereinsleben
 nachgehen zu können. Hierbei gilt es die
 Förderlandschaft wie beispielsweise das
 knapp 500 Millionen Euro schwere Investitionsprogramm des Bundes im Blick
 zu haben und für Tübingen nutzbar zu
 machen.
- □ Durch eine offene Diskussion über die **Standards der jeweiligen Anlagen, Vereinsstätten und Räume**, um möglichst vielen Engagierten gute Rahmenbedingungen zu bieten.
- ☐ Mit der **Stärkung der Eigenverantwortung von Vereinen** bei Bauprojekten nach dem Vorbild der Stadt Ulm. Dabei wird ein fester Zuschuss auf Grundlage einer Gesamtkalkulation bewilligt. Die Projektabwicklung und Kostensteuerung erfolgt dann vom Verein selbst.
- □ Durch attraktive ÖPNV-Anbindungen zu den Zeiten des Sport-, Kultur- und Freizeitbetriebs.
- □ Durch *hauptamtliche Unterstützung für ehrenamtliche Vorstände*, insbesondere bei steuerlichen, betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Fragestellungen.

Die **Feuerwehr** ist ein weiterer Bereich gesellschaftlicher Solidarität. Genauso wie das **Deutsche Rote Kreuz (DRK)** und andere **Rettungsdienste** oder das **Technische Hilfswerk (THW)** sind die Einrichtungen überlebenswichtig für unsere Gemeinschaft. In Tübingen haben wir gute Voraussetzungen, denn Ehrenamtliche werden durch Hauptamtliche unterstützt. An einigen Stellen

müssen wir unsere Anstrengungen allerdings vergrößern, um die Bereitschaft sich ehrenamtlich zu engagieren zu wahren. Die Situation in den Teilorten ist hier besonders herausfordernd. Aus meiner Sicht braucht es bei folgenden Aspekten einen verstärkten städtischen Einsatz:

- □ Durchführung einer *Imagekampagne*, um aus dem allgemeinen Interesse an der Feuerwehr, den Rettungsdiensten und dem THW ein Mitgliederwachstum hervorzubringen.
- ☐ Erarbeitung eines gesamtstädtischen Konzepts zum Aufbau von **Jugendein- heiten.**
- Sanierung der Feuerwehrhäuser, um getrennte Umkleide- und Duschmöglichkeiten für Männer und Frauen herzustellen.
- ☐ Eine familienfreundliche Organisation der Ausbildungsphasen.

FÜR EIN STARKES SOZIALES NETZ

Auch in Tübingen leben Menschen auf der Straße und es werden Frauen und Mädchen aus allen gesellschaftlichen Schichten Opfer von Gewalt. Auch in Tübingen sind viele Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen und noch mehr müssen von der allzu knappen Grundsicherung und in Armut leben. Davor dürfen wir nicht die Augen verschließen.

Mir ist es wichtig, nachzufragen, warum jemand in einer prekären Situation lebt, um passende Unterstützungsangebote machen zu können. Darum will ich die Sozialberichterstattung für Tübingen fortsetzen und weiterentwickeln, denn durch sie erhalten wir (stadtteilgenaue) Aussagen darüber, wo welche Hilfebedarfe entstehen und wo die Kommune aktiv werden muss.

Als Oberbürgermeisterin werde ich einen umfassenden ganzheitlichen Ansatz in den Vordergrund stellen und eine enge Abstimmung mit dem Kreis und Nachbargemeinden insbesondere für folgende Themenfelder suchen:

- ☐ Ausreichend **sozialverträglichen Wohn- raum** schaffen, um möglichst wenige
 Menschen in Sammel- und Notunterkünften unterbringen zu müssen.
- Mehr Plätze im *Frauenhaus*, die mit einer entsprechenden Finanzierung hinterlegt sind und Menschen ohne soziale Sicherungssysteme zugutekommen.
- □ Den Ausbau und die Förderung von Beratungsstellen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie.
- ☐ Erfahrungen zur sicheren und betreuten Abgabe von Drogen und Ersatzstoffen in die Tübinger Debatte einbringen und gegebenenfalls einen geschützten Ort schaffen.
- □ Die mobile Jugendarbeit, Schulkindbetreuung und Schulsozialarbeit als zentrale Komponente für niederschwellige und aufsuchende Hilfestellungen anerkennen.
- □ Den "Runden Tisch Kinderarmut" pflegen und eine Übertragung auf andere Gruppen prüfen, denn neben den Problemen der Kinderarmut belegt die Armutsberichterstattung auch eine besondere Belastung der Alleinerziehenden, der Arbeitslosen und eine tendenzielle Zunahme der Altersarmut.

BEGEGNUNG AUF AUGENHÖHE: POLITIK MIT UND FÜR DIE TEILORTE

Tübingen steht für seine charakterstarken Quartiere und Dörfer. Als Oberbürgermeisterin werde ich die Kommunikation und Zusammenarbeit in folgenden Bereichen fördern:

- ☐ Ein Besuch im Jahr pro Teilort ohne eigene Agenda, um die Anliegen und Stimmungen der Ortschaft kennenzulernen.
- □ Einbindung der Ortsvorsteher*innen und gegebenenfalls der Ortschaftsräte und -beiräte in Projekte, die die Ortschaft unmittelbar betreffen.
- □ Weitere Maßnahmen zur Angleichung der Lebensverhältnisse unserer Universitätsstadt und ihrer Teilorte, insbesondere mit Blick auf die Neubaugebiete, die Anbindung an den ÖPNV und die Aufenthaltsqualität der Dorfmitten.
- ☐ Ein regelmäßiger Austausch mit dem Regierungspräsidenten bzw. der Regierungspräsidentin und dem Landrat bzw. der Landrätin, auch um Bauprojekte besser abzustimmen.

SENSIBLE NATURRÄUME PFLEGEN UND ERLEBEN

Mit unseren Streuobstbeständen, Biotopen, Weinanbaugebieten und Wäldern liegt Tübingen in einem außergewöhnlichen Naturund Kulturraum. Bei allen Anforderungen der Energiewende, wirtschaftlichen Entwicklung und Stadtplanung ist es eine unserer wichtigsten Aufgabe diese Naturräume zu schützen.

BIOTOPE WEITER VERBINDEN UND ER-LEBBAR MACHEN

In der Novelle des Landesnaturschutzgesetzes 2020 verpflichtet sich das Land Baden-Württemberg bis 2030 insgesamt mindestens 15 Prozent Offenland der Landesfläche zu einem funktionalen *Biotopverbund* zu entwickeln. Dies beinhaltet einerseits entsprechende Biotopverbundplanungen, andererseits Umsetzungsmaßnahmen, um Verbindungen zwischen isoliert gelegenen Lebensräumen herzustellen oder zu verbessern, wo diese unterbrochen oder stark erschwert sind. Der Regionalverband Neckar-Alb befasst sich seit April 2021 mit der Erstellung eines Biotopverbundkonzeptes für die Region.

Im Tübinger Umland befinden sich 16 Biotope (hauptsächlich im Ammertal), die vom NABU gepflegt werden. Einzelne Biotope befinden sich in Hirschau, Bühl und Lustnau. Als Oberbürgermeisterin setze ich mich dafür ein, dass:

- wir gemäß dem bundesweiten Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz
 Wälder und Auen, Böden und Moore sowie Grünflächen in der Stadt ökologisch
 so aufwerten, dass diese Ökosysteme
 einen Beitrag zum natürlichen Klimaschutz leisten, indem sie Kohlendioxid
 aus der Atmosphäre binden und langfristig speichern;
- die Kooperation mit Schulen und Kindertagespflegeeinrichtungen ausgebaut wird, um Kinder frühzeitig für die Schönheit der Tier- und Pflanzenwelt zu begeistern;

- ☐ **Beobachtungsstandorte mit Informa- tionstafeln** errichtet werden, um Besucher*innen und Bewohner*innen die
 Biotope auf ihrem Spazierweg näherzubringen;
- □ die *Maßnahmen der Artenschutzkon- zeption* von Tübingen umgesetzt werden
 und Maßnahmen mit Prüfbedarf angegangen werden;
- eine Kooperation der Stadt mit den Naturschutzverbänden und dem Landratsamt eingegangen wird;
- ein ganzheitliches Konzept zum Schutz der Streuobstbestände entwickelt wird, das Ernährung, Tourismus, Landwirtschaft und Naturschutz miteinander verbindet.

WALDNUTZUNG UND WALDSCHUTZ IM BLICK HABEN

Der Wald hat in Deutschland eine besondere Symbolkraft. Die Umweltbewegung in den 1980er Jahren hat sich beispielsweise am Waldsterben entzündet.

In Zeiten von umweltfreundlichem Bauen mit Holz, Heizen mit Holzpellets, Waldbaden oder Mountainbiken ist der Wald einer Vielzahl an Nutzungswünschen ausgesetzt. Und schließlich ist er für den Temperaturausgleich sowie für die Umwandlung und Speicherung von CO₂ unersetzbar.

Um den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden, schlage ich folgende Nutzungsmischung vor:

- □ 10% der städtischen Waldflächen bleiben unberührt. Auch Freizeitnutzung ist nicht erlaubt und Wege werden nicht mehr unterhalten.
- ☐ Weitere 5% werden aus der Bewirtschaftung genommen und für Freizeitaktivitäten nutzbar gemacht.
- □ Erfahrungen aus Stuttgart mit der **Um- stellung auf das sogenannte Lübecker Modell** werden eingeholt und für eine
 Umsetzung in Tübingen geprüft. Demnach soll der Boden bei der Baumernte
 mehr geschont, der Altbaumbestand
 erhalten und die Walddichte erhöht werden.
- ☐ Eine **Naturland-Zertifizierung** für den Stadtwald wird angestrebt.



Sie haben die Wahl

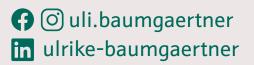
LIEBE TÜBINGER*INNEN,

Sie haben es am 23. Oktober 2022 in der Hand und entscheiden mit Ihrer Stimme über das Tübingen von morgen. Ich stehe für eine gute Zukunft für unseren Wirtschaftsstandort, dafür, Tübingen bezahlbar und fair zu gestalten und den Klima- mit dem Naturschutz zu verbinden.

Ich werde eine Oberbürgermeisterin für alle sein - ob wahlberechtigt oder nicht, ob gewerbesteuerzahlend oder ehrenamtlich engagiert, ob als Empfänger*in von Sozialleistungen oder mit Universitätsprofessur.

Wir alle zusammen können Veränderung, die niemanden zurücklässt. Es geht um eine am Gemeinwohl orientierte Politik, die sich erklärt, zuhört und einbezieht.

Gemeinsam sind wir Tübingen! Ihre Ulrike Baumgärtner



www.ulrike-baumgaertner.de

DR. ULRIKE BAUMGÄRTNER GEMEINSAM SIND WIR TÜBINGEN

Impressum

Dr. Ulrike Baumgärtner Poststr. 2-4 72072 Tübingen